

Was können die Kirchen für den Frieden tun? I., Entsetzen am Himmelfahrtstage ; II., Die politische Ausweglosigkeit : Bilanz der Angst und des Schreckens ; III., Kritik und Weisung aus dem Evangelium ; IV., Der Papst und die Ökumene ; V., Die Generalsyn...

Autor(en): Rasker, Albert J.

Objektyp: Article

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band (Jahr): 57 (1963)

Heft 11

PDF erstellt am: 08.08.2024

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

(siehe Vance Packard: Die heimlichen Verführer) oder auch durch die offiziellen Public-Relations-Manipulierer ist unerträglich, muß aber im Auge behalten werden, um so mehr als Zuflucht zu solch direkter Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Regierungsstellen durchaus denkbar ist, wenn sich Situationen akuter Gefahr einstellen. Angst vor militärischer Aggression und Maßnahmen gegen subversive Tätigkeit durch feindliche Agenten haben in den westlichen Regierungsstellen immer noch den Vorrang vor Gefahren und Problemen, wie sie oben skizziert wurden.

Was ist nach Eugene Rabinowitchs Auffassung vorzukehren, um für die neue und stetig sich ändernde Situation gewappnet zu sein? Sein Appell geht zunächst an die Wissenschaftler. Wissenschaftler sein bringt heute mit sich: Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Wir bedürfen aber auch der Juristen, Historiker, Soziologen, Wirtschaftler und sogar der Pfarrer, die verstehen, was die Wissenschaft will, was man von ihr erwarten kann — vor allem aber was sie der Gesellschaft und der Menschheit an Aufgaben stellt. Was sich daraus als weitere Forderung ergibt, ist ein engerer Kontakt auch zwischen Parlamentariern oder Vertretern anderer sozialer Gruppen und Wissenschaftlern, die zu einer Darlegung der heutigen Probleme auch vom Standpunkt des Laien führen muß. Solcher Kontakt muß notwendigerweise beide Partner des Gesprächs stimulieren. Red.

Was können die Kirchen für den Frieden tun?

I. Entsetzen am Himmelfahrtstage

Am Himmelfahrtstage, dem 23. Mai 1963, brachte das Radio einige Meldungen von der NATO: es wurde mitgeteilt 1. daß die NATO-Minister in ihrer Sitzung sich über die Gründung einer multilateralen NATO-Kernwaffenmacht geeinigt haben; 2. daß der Vorschlag des früheren NATO-Generalsekretärs Paul Henri Spaak, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt einen Nichtangriffsvertrag zu schließen, abgelehnt sei; 3. daß die Vereinigten Staaten, am Tage vor Himmelfahrt, wieder eine unterirdische Versuchsexplosion gemacht haben; 4. die Minister sich darüber einig seien, daß das heutige Tauwetter in der Politik vorübergehend sein könne; man müsse darauf vorbereitet sein, daß Rußland immer wieder Böses im Schilde führe.

Ein anderer Vorschlag Spaaks, am 7. Mai bekanntgegeben, dem Rapacki-Plan in irgendeiner Form zuzustimmen, war damit zugleich unter den Tisch gewischt. Ein Vorschlag der Sowjetunion, das Mittelmeergebiet kernwaffenfrei zu erklären, war am Vortage schon als lächerlich und als bloße Propaganda abgetan worden.

Und damit hat sich der Automatismus der Rüstungspolitik wieder einmal weiter vorwärts bewegt — wer kann ihn aufhalten? Was für öffentliche und verborgene Verführer sind da am Werk? Was für Besessenheit hat sich da aller entscheidenden Instanzen bemächtigt? Wie erfüllt sich der Fluch der Bedrohungspolitik in der immer näherkommenden Drohung der Flucher!

II. *Die politische Ausweglosigkeit* *Bilanz der Angst und des Schreckens*

Hier ist der Zirkulus vitiosus: wir haben uns daran gewöhnt, unsere Sicherheit in der gegenseitigen Bedrohung zu suchen, in einem Gleichgewicht des Schreckens. Weil aber das Gleichgewicht nie objektiv festgestellt werden kann, fühlt jede Partei sich zu jeder Zeit so bedroht, daß sie darin den Anlaß sieht, die eigene Gegendrohung zu verstärken. Vor kurzer Zeit beanspruchte die Bundesrepublik ein weitgehendes Mitspracherecht in der zu bildenden NATO-Kernwaffenmacht, weil sie der am meisten bedrohte Staat sei. Eine Woche später verlangte Spanien Aufnahme in die NATO, weil es bedroht sei.

Wir haben auf unsere Drohung vertraut und machen aus Angst vor Gegendrohung die Gefahr täglich noch größer. Einmal, in den Anfangszeiten der NATO, galt die europäische Rüstung, aus konventionellen Waffen bestehend, als Schild; die amerikanische Atomrüstung als das Schwert, mit dem der eigentliche Schlag geführt werden sollte. Die europäischen Völker werden sich wehren bis zur Selbstvernichtung, sagte damals Eisenhower. Es war ziemlich klar — Europa war der Schild für Amerika, dessen Vernichtung in den strategischen Projekten als Möglichkeit eingerechnet war. Jetzt aber braucht Amerika diesen Schild nicht mehr so dringend, und europäische Generäle fragen sich besorgt, ob Amerika Europas wegen einen Selbstmordkrieg riskieren werde? Wenn nicht, sagen sie, dann brauchen wir die Selbstmordwaffe in eigener Hand!

Wie ist die Politik der Stärke, der es darum zu tun war, Leben und Freiheit zu schützen, damit ad absurdum geführt!

Woher kommt diese Besessenheit? Es wird der Abrüstung Lippendienst erwiesen, aber die Aufrüstung geht unaufhaltsam weiter. Die militärische Maschinerie scheint ein übermenschliches, durch keine Menschenkraft mehr aufzuhaltendes Eigenleben bekommen zu haben, und ihm, nur ihm wird Ehre erwiesen und werden Menschenopfer bereitgehalten.

Der Machtapparat beherrscht das politische Denken — statt Werkzeug der Politik zu sein, ist er die sie bestimmende und gestaltende Instanz geworden. Erstaunt schauen wir auf diesen Moloch und huldigen ihm. Unser politisches Denken ist erstarrt. Fast alle Fantasie wird eingesetzt für die Mehrung der Macht und der Drohung, nur ganz wenig für das Suchen anderer Wege; die Macht, erst Mittel zu

einem Ziel, ist selbst das oberste Ziel geworden, dem alle anderen Ziele geopfert werden. Das große Risiko eines Kernwaffenkrieges wird in Kauf genommen, wobei man immer darauf aus ist, die Ausmaße dieses Risikos zu bagatellisieren; dem besseren, dem einzig guten Risiko einer Friedens- und Versöhnungspolitik geht man aus dem Wege, ohne sich über den total verschiedenen Charakter und die Ausmaße dieses Risikos ernsthaft Gedanken zu machen. Dabei weiß man, daß Chruschtschew Frieden will; seine eigenen Freunde und Gegner im östlichen Lager (Tito, Albanien, China) bezeugen es. Der Generalsekretär der UNO, U Thant, hat im Dezember dem Westen vorgeworfen, daß er kein Verständnis zeigt für eine Entspannung im Kalten Kriege. Warum hören wir nicht auf solche Sachverständige? Es gibt auch ganz andere Sachverständige, wie die Wissenschaftler des Pugwash-Komitees. Warum wird auf ihre Empfehlungen in bezug auf die Kontrollierbarkeit der Kernwaffenversuche wie auf ihre Warnungen vor falschen Vorstellungen von Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes nicht geachtet? In unserem Parlament hat der Ministerpräsident dazu nur gesagt, die Wissenschaftler seien zu pessimistisch — und das ganze Problem, bei dem es doch um Leben und Tod eines ganzen Volkes geht, wurde schnell erledigt, damit man sich «wichtigen» Tagesproblemen widmen konnte.

Was kommt zuerst, die Angst oder die Drohung? Haben wir Angst, weil wir uns von außen her bedroht fühlen, oder fühlen wir uns von außen her bedroht, weil wir von innen, in einer tieferen Schicht unseres Wesens Angst haben? Haben wir Angst, die Fülle unserer geistigen und kulturellen Existenz zu verlieren, zum Beispiel durch eine kommunistische Besetzung, oder wissen wir diese unsere geistige und kulturelle Existenz durch eine innere Leere bedroht, und haben wir darum Angst, daß die Begegnung mit einem Starken diese Leere an den Tag bringen und zu unserem geistigen Zusammenbruch führen könnte? Versuchen wir darum unsere geistige Existenz zu verteidigen mit Mitteln, deren Gebrauch aller Geistigkeit ein Ende macht, deren Bereithaltung unsere ganze geistige Existenz jetzt schon mit weiterer Aushöhlung bedroht, weil die Geistigkeit unserer Existenz uns selber schon zweifelhaft geworden ist?

Diese Angst, diese Politik der Angst, hat zur Voraussetzung den Menschentypus, den Alfred Weber den «vierten Menschen» genannt hat — den postbürgerlichen, postpersönlichen, postchristlichen Kollektivmenschen —, der die Voraussetzung, das Menschenmaterial für jede Art von Diktatur ist. Seien wir nicht zu schnell bereit, zu sagen, er sei typisch für den Kommunismus. Er könnte durchaus schon in uns sein; es haben schon einmal Diktaturen in dieser Welt sich seiner bedient, und die neue geistige Diktatur des militärischen Denkens, unter der Decke des Wohlfahrtsstaates, tut ihr Bestes, ihn wieder zu züchten. Es ist der Mensch, der seine persönliche Verantwortung gerne anderen, angeblich höheren, angeblich sachverständigen Instanzen überläßt, der

zufrieden ist, wenn ihm dieses Opfer an eigener Verantwortung abgenommen wird, durch schöne Losungen, wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie; er merkt nicht, daß gerade diese Güter, wenn sie so zu bloßen Losungen geworden, schon fast zunichte gemacht sind.

Daß die Demokratie, als das Ideal, um welches es uns vor allem geht, schwer bedroht ist, sehen wir in der Tatsache, daß während der Kubakrise das Schicksal der Menschheit faktisch in den Händen zweier Menschen lag — Kennedys und Chruschtschews — und daß für unsere Welt alles davon abhing, ob diese zwei in ihrer Begegnung gegenüber den vielen «pressure groups» ihre Nerven und Entscheidungsruhe zu bewahren wußten.

III. Kritik und Weisung aus dem Evangelium

Soll die Kirche das alles so geschehen lassen oder hat sie ein Wort der Kritik und der Weisung vom Evangelium her? Es wird im Osten zwar gesagt, die Religion sei im besten Falle nutzlos, meistens aber eine schädliche Störung, ein Opium, für das menschliche Leben. Im Westen wird dies ebenfalls von vielen, wenn auch weniger laut gesagt; andere meinen es etwas besser mit ihr und sehen in der Freiheit der Religionsübung eines der fundamentalen Menschenrechte. Doch die wenigsten wagen es, mit ihr als mit dem entscheidendsten Faktor im Menschenleben zu rechnen.

In den sogenannten jungen Staaten wie auch in der kommunistischen Welt wird darauf hingewiesen, daß die christlichen Völker, die Träger einer christlichen Kultur, in ihrer noch nicht zweitausendjährigen Geschichte mehr Blut vergossen haben als alle anderen Völker zusammen. Den Ersten und den Zweiten Weltkrieg haben christliche Völker verursacht und den dritten bereiten sie vor!

Was soll die Kirche dazu sagen?

Vorhin sprachen wir von der Angst. Jetzt ist es an der Zeit, von Schuld zu sprechen. Die Angst vor der inneren Leere ist nicht so tief wie die Schuld unserer faktischen Gottlosigkeit und Unmenschlichkeit. Wir haben wenig Anlaß, wir Menschen im christlichen Europa, die anderen, immer die anderen, des Atheismus und der Inhumanität zu bezichtigen, wenn wir nicht die Schuld unserer eigenen Gottlosigkeit und Unmenschlichkeit bekennen. Schließlich ist der Kommunismus kaum 100 Jahre alt; er ist aber eine Reaktion auf die Schuld einer fast 2000 Jahre alten Christenheit.

Und die Schuld des atomaren Krieges und seiner Vorbereitung ist ebenso vorwiegend eine christliche Schuld. Die erste Atombombe, die auf Hiroshima, hat nicht so sehr den Zweiten Weltkrieg beendet als den dritten, vorläufig noch kalten, Krieg angefangen. Und es waren wiederum Christen, die sie warfen, und die darauf all ihr Vertrauen setzten, als die anderen die Bombe noch nicht hatten.

Sollen wir sagen: sie ist eine gute Waffe, wir brauchen mehr, immer mehr von ihrer Sorte? Oder sollen wir lieber sagen: sie war eine böse Waffe, in der die Schuld aller früheren Kriege konzentriert wurde.

Das Evangelium sagt dazu ein Wort das in einer ähnlichen Lage, aber in der persönlichen Sphäre, Gültigkeit hat: Wenn du zum Altar gehst und unterwegs bedenkst, daß dein Bruder etwas gegen dich hat, so laß dein Opfer dort vor dem Altar, geh hin, versöhne dich mit deinem Bruder und komm dann und opfere deine Gabe (Matth. 5, 22 f). Das gilt mutatis mutandis auch für das menschliche Leben in seinen größeren und größten Zusammenhängen, also auch im Verhältnis der Völker. Es ist eine Regel, die gilt im Reiche Gottes, das in Jesus Christus nahe herbeigekommen ist und unter der Regierung des Heiligen Geistes uns in alle Wahrheit = Wahrhaftigkeit führt.

Man hat zwar gesagt, diese Gebote und Verheißungen gälten nicht für das tägliche irdische und politische Leben; das ist aber ein Mißverständnis. Das Reich Gottes ist nicht so unirdisch, seelisch, himmlisch, als manche es haben wollen — Gott will an dieser Erde und an unserem leiblichen Menschenleben und Zusammenleben seine Freude haben und dazu gibt Er uns seine Weisungen. In ihnen ist unser Leben und die Länge unserer Tage (5. Mose 30, 20). Warum sollen wir es nicht wagen mit der Torheit Gottes und der Schwäche Gottes, wo alle Stärke und Weisheit der Menschen schon lange zu Schanden geworden sind?

Wir lehnen mit dieser Frage, die eine positive Antwort beinhaltet, verschiedene irrige Meinungen über die Politik, besonders die Rüstungspolitik, ab.

Einmal die Meinung, daß wir mit unseren Waffen die Freiheit des Evangeliums zu verteidigen haben. Als ob es so etwas wie eine formelle Freiheit gäbe, als ein allgemeines Menschenrecht, das mit allen Mitteln zu schützen sei, und das wir dann auch Gott, dem Herrn, und seinem Geist, zur Verfügung stellen sollten.

Als ob der Heilige Geist sich nicht für sein Wort im Evangelium seine eigene Freiheit schaffen und handhaben könnte und als ob nicht gerade die Gemeinde Christi von ihren Urzeiten (Ich trage Bande wie ein Übeltäter, aber das Wort Gottes ist nicht gebunden; 2. Tim. 2, 9) bis in diese unsere Tage davon gelebt hätte und lebt, daß sie das immer wieder erfahren durfte. Der Heilige Geist hat seine Freude daran, seine Kraft zu erweisen, inmitten seiner Feinde.

Dann die Meinung, daß wir nun einmal alle Macht dafür einsetzen sollten, damit unsere Rechte und Freiheiten gewahrt bleiben — vom Schwert der Obrigkeit bis zum Atomschwert — und es Gottes Vorsehung überlassen, daß die Welt zuletzt daran nicht zugrunde geht. Als ob wir keinen Anlaß hätten, schon früher, in einer früheren Etappe als in jenem bitteren «zuletzt», auf die Macht der Vorsehung zu vertrauen, und als ob die Vorsehung uns nicht zuallererst auf die Wege seiner Verheißungen und Gebote führte (Matth. 6, 33).

Drittens die Meinung, daß es zwei Regimente Gottes gebe; eins zur rechten und eins zur linken Hand, und daß sozusagen seine rechte Hand nicht wisse, was seine linke tut. Sogar Helmut Thilliche weist diese Auffassung ab, indem er sagt, daß vom Reich des kommenden Aeons eine kräftige Strömung ausgeht auf alle Selbstverständlichkeiten des Reiches dieser Erde.

Die Auffassung, daß es Gott in der Hauptsache um unser ewiges Leben und unsere Seligkeit zu tun sei, und wir das Recht und eventuell die Pflicht hätten, dafür unser irdisches Leben und die irdische Existenz vieler anderer, eventuell sogar aller anderen Menschen aufzuopfern.

Die Meinung, es könne Gottes Absicht sein, die apokalyptische Zerstörung der Endzeit von uns Menschen ins Werk setzen zu lassen. Dieser Gedanke könnte eine dämonische Verführung des Satans sein, der in allem, sogar in den der Apokalypse darauf aus ist, die Wege Gottes in seiner antigöttlichen, antichristlichen Weise nachzuahmen und zu zerstören.

IV. Der Papst und die Ökumene

Es war eine erfreuliche Sache, daß Papst Johannes XXIII. am 11. April 1963 zu diesen Fragen das Wort ergriffen hat in seiner Enzyklika *Pacem in Terris*. Der Fürst der Katholischen Kirche hat nachdrücklich gegen das Vertrauen auf die gegenseitige Bedrohung gewarnt und gesagt: «Es ist notwendig, daß das Gesetz, auf welchem der Friede jetzt steht, ersetzt wird durch ein ganz anderes Gesetz: der wahre Friede unter den Völkern steht nicht auf dem Gleichgewicht der Rüstung, sondern ausschließlich auf gegenseitigem Vertrauen.» (III. 17). Und er ruft auf zur Einsicht, «daß die Beziehungen zwischen den individuellen Menschen und zwischen den Völkern auf Liebe gegründet sein sollen und nicht auf Angst. Denn es ist der Liebe eigen, daß sie die Menschen führt zu einer aufrichtigen, vielseitigen, fruchtbaren Solidarität» (III, 25). In anderen Teilen der Enzyklika werden neben dem Begriff der Liebe auch die der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit genannt (u. a. V, 10).

Was wir vom katholischen Fürsten erwarten konnten, und was uns als evangelische Christen nicht recht annehmbar ist, ist die Fundierung dieses alles im Naturrecht, der Vernunft, und der Menschenwürde (I; III 19; III 2: der feste, unerschütterliche Felsen, das moralische Gesetz). Wir sind als evangelische Christen gewohnt, in gedämpfterem Ton zu reden von der Erkenntnis des Willens Gottes aus diesen Quellen sowie von der Würde oder dem Adel der Menschen. Auch der Appell an alle Menschen guten Willens kommt uns nicht so leicht über die Lippen. Wir möchten etwas mehr, und an zentraler Stelle, von der Verkehrtheit des Menschen, von Sünde und Aufruf zur Bekehrung reden; ein Leben aus Schuldbekennnis und

Versöhnung ist uns mehr als der gute Wille die Voraussetzung aller Verbesserung der menschlichen und politischen Verhältnisse.

Ein Vorteil der Redeweise des Papstes ist wohl, daß auf dieser Natur- und Vernunftbasis auch mit Nichtchristen ein gewisses Maß gegenseitigen Verstehens und Zusammenarbeitens möglich ist. *Chruschtschew* hat allerdings die Enzyklika mehrfach sehr gelobt, während er für eine Begründung auf Versöhnung und Vergebung vielleicht weniger Verständnis aufbringen würde.

V. Die Generalsynode der niederländischen reformierten Kirche und ihr Gutachten zum Kernwaffenproblem

In ihrem im Juni 1962 verabschiedeten Gutachten spricht diese Synode ein radikales Nein gegen die Kernwaffen aus (S. 24) und fügt hinzu, daß dieses ein «Nein ohne Ja» zu sein hat (S. 25). Dieses Nein gilt auch für die sogenannten taktischen Kernwaffen (S. 49) sowie für alle Kernwaffenversuche (S. 47).

Weil bei der heutigen Weltlage die Unvermeidlichkeit eines gerechten Krieges (das heißt eines zur Verteidigung der Gerechtigkeit, in welchem Zweck und Mittel in einem redlichen Verhältnis zueinander stehen, S. 33) noch zu den Möglichkeiten gehört, soll dem Verzicht auf Kernwaffen vorläufig eine Verstärkung der konventionellen Rüstung vorangehen (S. 46, 49, 50).
Schluß folgt

Wie man bei uns entspannt!

Das Schweizerische Jugendschriftenwerk hat als eine der letzten Schriften «*Wie sie St. Jakob sah*, Gedanken zur geistigen Landesverteidigung» herausgegeben. Der Verfasser ist Bruno Knobel, und unterstützt wird die Veröffentlichung durch die Dienststelle «Heer und Haus» des Eidgenössischen Militärdepartements. Es ist eine weite Verbreitung der Schrift, unter anderem auch in den Rekrutenschulen, in Aussicht genommen.

Die Dienststelle «Heer und Haus» war während des letzten Weltkrieges sehr erfolgreich in ihrem Bemühen, die schweizerische Zivilbevölkerung gegen die Einwirkungen der ennet-rheinischen Blut- und Bodenmystik und anderer totalitärer Ideen zu immunisieren.

Heute scheint für «Heer und Haus» nur noch *eine* Gefahr für die Freiheit unseres Landes zu bestehen: der Kommunismus. So wird denn in dieser Schrift für die Schweizer Jugend mit dem dicken Bengel auf den Feind Nummer 1 eingehauen.

Es heißt darin: «Der Kommunismus ist noch heute eine Macht, in deren Bereich es keine Menschenrechte, keine persönlichen oder politischen Freiheiten der Bürger gibt . . . Die Partei regiert das Land und erläßt die Gesetze, und zwar nicht, um den Bürgern zu dienen, nicht